

Bundesminister für Gesundheit
Herrn Jens Spahn
Friedrichstraße 108
10117 Berlin

19.09.2018

Offener Brief zum Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG)

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

täglich sorgen in der gesamten Bundesrepublik in Stadt und Land die Hausärzte für eine gut funktionierende Versorgung von Groß und Klein. Diese Versorgung hat mit uns Hausärzten ein Gesicht. Wir kennen unsere Patienten, und zwar von Kopf bis Fuß. Gleichzeitig bewältigen wir die organisatorischen, bürokratischen und immer neuen gesetzlichen Herausforderungen und viele von uns tragen die unternehmerischen Risiken in unseren Praxen.

Nun greifen Sie mit dem Entwurf des TSVG in die Freiheit der ärztlichen Berufsausübung ein und möchten dirigistisch etablierte Praxisabläufe verändern. Und Sie verschärfen die Ressourcenknappheit ärztlicher Tätigkeit. Wir möchten gerne besonders an zwei konkreten Punkten Ihres Gesetzes unsere Kritik äußern und dies mit einem Lösungsvorschlag verbinden.

Sprechstundenzeiten

Der Gesetzentwurf sieht eine Erhöhung der wöchentlichen Sprechstundenzeit von 20 auf 25 Stunden vor. Dabei liegt die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit eines niedergelassenen Arztes bereits bei 50 Stunden (hierzu beispielsweise die Studien des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung). Wir haben viele Rückmeldungen besonders von älteren Ärzten bekommen, die dermaßen verärgert über diesen Vorstoß sind, dass sie mit dem Gedanken der Beendigung ihrer Tätigkeit spielen, teilweise sogar vorzeitig. Dabei sind wir auf diese Kolleginnen und Kollegen angewiesen, denn beispielsweise über 10 Prozent der Hausärzte in Brandenburg haben das 65. Lebensjahr überschritten.

Terminservicestelle

Die beste Terminservicestelle ist der Hausarzt! Er kann einschätzen, ob und in welchem Umfang Behandlungsbedarf besteht und ob eine Behandlung durch einen Spezialisten Sinn macht. Politik und Krankenkassen müssten dafür sorgen, dass eine Behandlung jenseits von Notfällen stets beim Hausarzt beginnt. Und dass jeder Patient einen Hausarzt hat.

Die Steuerung durch ein solches Primärarztssystem würde die überlaufenen Gebietsärzte und die in Anspruch genommenen Rettungsstellen entlasten. Terminprobleme würden entschärft.

Das gesamte Gesundheitssystem würde einem klaren Konzept folgen, das für Patienten, Ärzte und Politik nachvollziehbar wäre. Parallelstrukturen wie die Terminservicestellen könnten vermieden werden. Die einfache Ansage eines Anrufbeantworters zumindest in Sprechstundenzeiten würde die meisten Probleme lösen: „Wenden Sie sich zunächst an Ihren Hausarzt“.

Sehr geehrter Herr Minister,

der Sachverständigenrat im Gesundheitswesen macht ein Steuerungsdefizit als Kernproblem des Gesundheitswesens aus und empfiehlt gleichzeitig, das Primärarztssystem als Lösungsweg. Hierzu empfiehlt er die Ausbreitung der Hausarztzentrierten Versorgung oder -aus unserer Sicht noch besser- einen Hausarztwahltarif für alle Versicherten. Wir unterstützen diesen Ansatz ausdrücklich!

Prävention, Behandlungskoordination oder Patientensteuerung gehören in die Hand des Hausarztes. Viele der in Ihrem Gesetzentwurf genannten Probleme wie die mangelnde Koordination, die Terminprobleme oder eine geordnete Herangehensweise an die Nachwuchsproblematik wären durch ein Primärarztssystem gelöst.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Karin Harre, Vorsitzende